

Wegweiser Research & Strategy GmbH Novalisstr. 7 10115 Berlin

Ihr Ansprechpartner:

Oliver Lorenz

Tel: +49 30 284 881-20

E-Mail: oliver.lorenz@wegweiser.de

Berlin, 25. März 2025

ZUKUNFTSPANEL-SPEZIAL: KLARE FORDERUNGEN FÜR EINE MODERNE UND DIGITALE VERWALTUNG. HOHER HANDLUNGSBEDARF FÜR DIE POLITIK

Bereits im Jahr 2002 wurde das Zukunftspanel Staat & Verwaltung, damals noch unter dem Namen Monitoring e-Government & Verwaltungsmodernisierung, von der Wegweiser Research & Strategy GmbH ins Leben gerufen und wird seitdem jährlich durchgeführt. Es ist die einzige Langzeitstudie zur digitalen Verwaltung in Deutschland, die alle Verwaltungsebenen systematisch erfasst. Sinn und Zweck dieser Befragung ist es, auf das Wissen und die Erfahrungen aus den Verwaltungen selbst zuzugreifen und darzulegen, was Behördenleitungen und weitere Entscheidungsträger:innen bewegt.

Im Zuge der vorgezogenen Bundestagswahlen 2025 und einer damit einhergehenden möglichen politischen Neuausrichtung ist das Zukunftspanel in diesem Jahr erweitert worden. Zu dem bisher bestehenden Sample wurde ein weiteres Vergleichssample mit Expert:innen aus der Privatwirtschaft und der Zivilgesellschaft angelegt, das eine breitere Versendung an Entscheidungsträger:innen aus der Behördenleitung, aber auch aus der Community des Zukunftskongress im Allgemeinen ermöglichte. Inhaltlich wurde das Panel durch eine weitere politische Dimension ergänzt und die Schwerpunkte auf unter anderem folgende Punkte gelegt:

- Die Einschätzung der Parteiprogramme hinsichtlich Themensetzung und Umsetzungskompetenz im Bereich Staatsmodernisierung und Digitalisierung
- Die Bewertung aktueller Reformbedarfe und Reformvorschläge nach Relevanz und Dringlichkeit
- Maßnahmen zur nachhaltigen Verbesserung und Effizienzsteigerung in der Verwaltung
- Den Einsatz von Schlüsseltechnologien wie KI zur Modernisierung des Staates und der Verwaltung

In der deutschlandweiten Befragung wurden unter der wissenschaftlichen Leitung von Prof. Dr. Gerhard Hammerschmid des Hertie School Centre for Digital Governance etwas mehr als 4.000 Institutionen befragt. Daraus resultierten 600 Antworten. 77 % der Antwortenden stammen aus der Verwaltung (Behörde, Ministerium, Kommune, öffentliches Unternehmen etc.) und 23 % (privates Unternehmen, Non-Profit-Organisation, Wissenschaft etc.) aus

Beirat
Dr. Klaus von Dohnanyi (Vorsitz)
Dr. Johannes Ludewig (stv. Vorsitz)
Dr. Ulrich Bergmoser
Wolfgang Bosbach
Prof. Dr. Dr. Wilfried von Eiff
Prof. Dr. Henning Lühr
Brigitte Zypries

anderen Sektoren (Außensicht). Ein erster Blick auf die Zusammensetzung der Positionen der Antwortenden zeigt, dass mithilfe der Befragung wichtige Personen erreicht wurden. 23 % der Antworten aus der Verwaltung stammen aus der obersten Verwaltungsebene sowie 54 % aus weiteren Leitungspositionen. Bei den Unternehmen konnten sogar 48 % aus Leitungs- und oberster Führungsebene sowie 24 % aus mittlerer und 13 % aus operativer Führungsebene (z.B. Team- oder Gruppenleitung) erreicht werden.

Bei der Bewertung der Umsetzungskompetenz in der Staatsmodernisierung und Digitalisierung erhielten Bündnis 90/Die Grünen sowie die CDU/CSU das größte Vertrauen. Während die Grünen mit mehr als 9 % sehr positiven Bewertungen an der Spitze lagen, konnte die CDU/CSU mit dem geringsten Anteil an negativen Bewertungen punkten. Die SPD wurde insgesamt neutral bewertet und hatte kaum positive sowie negative Ausreißer.

Laut der Studie sehen Verwaltungsmitarbeitende den größten Handlungsbedarf bei der internen Digitalisierung, insbesondere bei e-Akte und Datenmanagement (38 %). Auch eine demografieorientierte Personalpolitik (35 %) sowie der zunehmende budgetäre Druck (34 %) stehen im Fokus. Weniger relevant erscheinen hingegen eine höhere Transparenz gegenüber Bürger*innen (4 %) sowie eine verstärkte Bürgerbeteiligung (3 %).

Die Digitalisierung der Verwaltung wird von allen befragten Gruppen als zentrale Aufgabe gesehen. Besonders hohe Priorität haben die Automatisierung interner Prozesse (86 %), die Modernisierung der Registerlandschaft (bis zu 86 %) und die End-to-End-Digitalisierung von Verwaltungsleistungen (84 %). Die Einführung digitaler Bürgerbeteiligungsplattformen wird dagegen als weniger relevant eingestuft (rund 50 %).

Auch bei umfassenderen Verwaltungsreformen herrscht weitgehend Einigkeit: Die Vereinfachung des Vergaberechts, Bürokratieabbau für Unternehmen und eine stärkere Einbindung der Kommunen haben oberste Priorität. Deutlich umstrittener ist die Auslagerung staatlicher Aufgaben an private Anbieter – während nur 13 % der Verwaltung diesen Schritt befürworten, halten ihn knapp 50 % der externen Expert:innen für sinnvoll.

Kontroverser sind strukturelle Reformmaßnahmen. Während die Bündelung zentraler Dienste in „Shared Service Centern“ (80 %) breite Unterstützung findet, wird die Einführung öffentlich-privater Partnerschaften oder eines externen Digitalisierungsbeirats unterschiedlich bewertet und vor allem von der Außensicht präferiert. Generell zeigt sich: Die Verwaltung selbst sieht weniger Reformbedarf als externe Expert:innen.

Bei Maßnahmen zur Effizienzsteigerung herrscht dagegen wieder mehr Konsens: Ein Abbau von Bürokratie und eine Verschlankeung von Verfahren sind für 90 % der Befragten essenziell. Strittig bleibt hingegen, inwieweit unabhängige Evaluationen oder ein öffentliches „Regierungs-Dashboard“ für mehr Transparenz sorgen sollen.

Die Ergebnisse werden am 25. März 2025 auf dem ZuKo-THINKTANK Spezial vorgestellt und anschließend auf dem Fachportal Verwaltung der Zukunft (VdZ) zum kostenlosen Download bereitgestellt. Sie liefern wertvolle Impulse für die neue Bundesregierung und bilden eine zentrale Diskussionsgrundlage für den 11. Zukunftskongress Staat & Verwaltung vom 23. bis 25. Juni 2025 in Berlin.

Die Studie konnte dank der wertvollen Unterstützung zahlreicher Partner realisiert werden. Zu diesen zählen:

Wissenschaftlicher Partner



Hauptpartner



Rückfragen richten Sie bitte an oliver.lorenz@wegweiser.de.